



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/7/203

1. September 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Rückschau auf Strassburg - Von einem Mitglied der dtsh.Delegation -	S.1
Gefahrenherd Vorderasien	S.3
Zur Tätigkeit des Bundes der Steuerzahler	S.5
SPD-Telegramm zum Labor Day in USA	S.6

Rückschau auf Strassburg

Von Dr.G.Luetkens, M.d.B.

Der Ablauf der Tagung der Strassburger Konsultativ-Versammlung hat zweifellos bei einem grossen Teil der Delegierten Enttäuschung hervorgerufen. Als die SPD im Bundestag gegen Annahme der Einladung plädierte, war eines ihrer Argumente, die Verfassung des Europarats mache echte Fortschritte zur Einigung Europas geradezu unmöglich. Die Richtigkeit dieser Voraussage hat sich in Strassburg bestätigt. Die vorjährigen Empfehlungen der Konsultativ-Versammlung an den Ministerrat sind von diesem mit leichter Hand beiseite geschoben worden. Die Versammlung hat nun einen neuen Versuch gemacht, um Vorschläge auszuarbeiten, die, falls der Ministerrat sie annimmt, die Stellung der Versammlung im Europarat wie auch des Europarates im ganzen stärken und den demokratischen, auf Einigung drängenden Kräften Auftrieb geben würden.

Der interessanteste Vorschlag ist wohl der, dass die wichtigsten Resolutionen der Versammlung hinfert unter Ausscheidung des Ministerrats direkt an die Regierungen und die einzelnen Parlamente übersandt werden sollen. Die Versammlung einigte sich auch auf eine Resolution, wonach innerhalb des Europarats besondere internationale Körperschaften eingerichtet werden sollen, die bestimmte Aufgaben politischer, wirtschaftlicher, kultureller und anderer Art für alle oder für einen Teil der Mitgliedsstaaten einheitlich in die Hand zu nehmen haben.

In dieser Beziehung bestand jedoch keine Einigung darüber, ob

und in welchem Umfange Verteidigungsfragen Angelegenheit des Europarates werden sollen. Die Satzung schliesst bekanntlich solche Fragen ausdrücklich aus der Zuständigkeit des Rates aus. Die SPD-Vertreter haben im Gegensatz zu denen der Regierungskoalition gegen alle Versuche gestimmt, in den Europarat Verteidigungsfragen zu bringen. In der Kommission ist mit 19 : 6 Stimmen angenommen worden, dass der Europarat sich mit den "politischen Aspekten des Verteidigungsproblems" beschäftigen solle. Es würde sich dann um Fragen handeln wie die, wie ein "europäischer Verteidigungsminister" konstitutionell denkbar wäre und wie er "demokratisch kontrolliert" werden könne. Die Einsetzung eines europäischen Verteidigungsministers ist nicht beschlossen worden.

Eine weitere Resolution geht dahin, dass im November, wenn die jetzt nur unterbrochene Tagung fortgesetzt werden soll, eine Beratung stattfinden soll, wie durch Änderung des Statuts das Ziel einer echten bundesstaatlichen Regierung für Europa "mit beschränkten Aufgaben, aber wirklichen Machtbefugnissen" geschaffen werden könne. Zu dieser Frage aber wird natürlich die Haltung des Ministerrates von entscheidender Bedeutung sein.

Wenn auch wenige praktische Ergebnisse erzielt wurden, so darf man doch hinzusetzen, dass eine Abklärung der Probleme erreicht wurde. Das gilt vor allem für den Streit zwischen den Föderalisten, die einen echten Bundesstaat Europa wünschen, und den Funktionalisten, welche eine Einigung Europas sich so vorstellen, wie man sich eine Einigung der Welt durch den Weltpostverein vorstellen könnte. In Strassburg ist es diesmal klar geworden, dass diese Fragestellung an der Sache vorbeigeht, nämlich das entscheidende Problem die Beschränkung, d.h. die Abschaffung der nationalen Souveränitäten ist. Wie sich diese Erkenntnis in Tatsachen umsetzen wird, wird der Zukunft überlassen werden müssen.

Bei dieser Diskussion aber hat sich ein neues politisches Problem abgezeichnet: Grossbritannien, die Skandinavier, vielleicht auch einige andere, sind nicht geneigt, auf Teile ihrer selbständigen politischen Entscheidungsgewalt zu verzichten. Nähme man also in diesem Stadium den Aufbau einer echten Bundesgewalt in Angriff, so bestände die Gefahr, Westeuropa in Nord und Süd zu teilen, also anstelle eines Zusammenschlusses wenigstens des ganzen demokratischen Europa in Westeuropa eine neue Scheidelinie aufzurichten. Das scheint bei der heutigen internationalen Lage eine kaum mögliche Politik zu sein.

Letztlich wäre noch zu sagen, dass die Debatten über den Schu-

manplan zum Ergebnis hatten, dass der Versuch der englischen Konservativen, ihn in der Sache zu torpedieren, gescheitert ist. Glücklicherweise konnte auch verhindert werden, dass eine organisatorische Eingliederung der hohen Behörde für Kohle und Eisen in den Europarat beschlossen wurde; Die gefassten Beschlüsse sehen nur eine lose Zusammenarbeit vor, die dem Europarat keinerlei Möglichkeit gäbe, in die Schumanplan-Organisation - falls sie zustande kommt - einzugreifen. Wäre dies Letztere beschlossen worden, so hätte das den einzigen wirklich hoffnungsvollen Ansatz zur Vereinheitlichung Europas insofern zerstört, als ja der Schumanplan gerade darauf aufbaut, die nationalen Souveränitäten in Europa zu durchbrechen und es so zu einigen.

- - - -

Gefahrenherd Vorderasien

(with) Drei Ereignisse lenken erneut die Aufmerksamkeit auf die an sich schon durch die innerarabischen Verhältnisse gespannte Lage im Vorderen Orient; das offizielle Ersuchen der Türkei um Aufnahme in den Atlantikpakt, die Absicht Bulgariens, innerhalb von drei Monaten 250.000 Türken, die in Westbulgarien leben, in die Türkei abzuschicken und die Geheimkonferenz der diplomatischen Vertreter der UdSSR in den arabischen Staaten, die in der armenischen Hauptstadt Eriwan - unmittelbar an der sowjetisch-türkischen Grenze - stattfand. Man geht durchaus nicht fehl, wenn man diese Geheimkonferenz mit dem türkischen Schritt in Verbindung bringt, womit die Türkei den Westmächten die äusserst gefährliche schwache Position der Länder an der sowjetischen Südgrenze demonstrieren will.

Seit 1945, als der Kreml erstmalig Anspruch auf die türkischen Grenzgebiete von Kars und Ardahan erhob, und seit dem Versuch von 1946, Aserbeidschan vom Iran abzutrennen, führt der Kreml einen nie abbreisenden Nervenkrieg gegen diese Länder. Besorgniserregend ist nicht nur der schon Monate währende Notenkrieg zwischen Moskau und Teheran, noch bedrohlicher ist die Vermehrung der sowjetischen Militärstützpunkte in den sowjetisch-türkisch-iranischen Grenzgebieten. Englische Beobachter wollen wissen, dass die kaukasische Rote Armee unter dem Befehl des Armeegenerals A.J. Antonow auf volle Kriegsstärke gebracht worden ist.

Zieht man ausserdem in Betracht, dass sowjetische Agenten die Autonomiebetreibungen in Aserbeidschan wieder zu aktivieren versuchen, unter die 70.000 Erdölarbeiter der Anglo-Iran-Oil-Co. Streikparolen wer-

fen, während gleichzeitig Teheran unter Druck gesetzt wird, mit Moskau einen Freundschafts- (!) und Handelsvertrag abzuschliessen, denn wird der Wunsch der Türkei nach starker Rückendeckung besonders verständlich.

Seit dem Abkommen von 1921, das Russland weitgehende Rechte im Iran sicherte, hat Moskau systematisch auf Erweiterung seines Einflusses und auf Verdrängung der Westmächte hingearbeitet. Darauf weist auch die letzte Note Stalins hin, in der Teheran beschuldigt wird, sich als "Aggressionsbasis für die USA" herzugeben, was Stalin unter Berufung auf das Abkommen von 1921 mit Einmarschdrohungen kommentiert. Zwar wird der Iran von den USA wirtschaftlich gestützt und militärisch beraten, auch mit Waffen beliefert, aber es ist durchaus möglich, dass angesichts des Engagements der USA in Korea die russischen Drohungen in Teheran ein grösseres Gewicht bekommen als die Versprechen Amerikas.

Tatsächlich besitzen die Westmächte in dem gesamten arabischen Raum nur einen Verbündeten, der über eine gewisse militärische Stärke verfügt und der ihnen unbedingt ergeben ist: die Türkei. Sie hat die grösseren Zusammenhänge der politischen Verhältnisse klar erkannt. Das kann man von den übrigen arabischen Staaten nicht behaupten, besonders nicht von der arabischen Liga. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, dass auf der jetzt in Alexandrien abgeschlossenen Tagung des Aussenpolitischen Ausschusses der Liga auf die sowjetische Gefahr im Mittleren Osten hingewiesen wurde. Immer noch ist es so, dass jedes antiarabische Wort aus Tel Aviv und jedes pro-israelitische Wort aus Washington oder London den ohnehin lauen innerarabischen Frieden wieder zum akuten Krieg werden lassen kann, eine Situation, die Moskau trefflich auszunutzen weiss.

Die westlichen Grossmächte haben auf der Londoner Konferenz im Mai dieses Jahres zu erkennen gegeben, dass der Atlantikpakt stillschweigend bis an die sowjetisch-türkisch-iranische Grenze ausgedehnt worden sei. In Ankara will man sich aber mit solchen "allgemein gehaltenen Erklärungen" nicht zufrieden geben. Man wünscht eine vollwertige und juristisch einwandfreie Eingliederung in den Atlantikpakt. Dem stehen aber Bedenken westeuropäischer Länder gegenüber, die sich nicht durch irgend einen Nomadenstamm in einem undurchsichtigen Gebiet in einen Krieg ziehen lassen wollen. Den drei Aussenministern, die demnächst in Washington über das türkische Gesuch beraten sollen, ist damit keine leichte Aufgabe gestellt.

"Wunderliche" Demokratie
Spiel mit dem Steuerzahler

RAP. In Schleswig-Holstein begann es 1928 mit Demonstrationen gegen die Steuern, setzte sich fort mit Steuerstreik und endete mit Bombenwürfen gegen die Finanzämter. Schmelix in Erfurt gewann durch dauernde Angriffe gegen die Verwaltung und die hochbezahlten Beamten 1929 fast ebensoviel Stimmen wie die SPD und 9 Sitze im Stadtparlament. In Osnabrück erbrachten die gleichen Methoden die Stimmenzahl zu sieben Stadtverordneten. Noch vor 1933 waren alle diese Kräfte in der NSDAP vereinigt.

Seit dem Herbst 1949 hat auch die Deutsche Bundesrepublik ihre Volksbewegung. Der Bund der Steuerzahler wurde am 21. Oktober 1949 in Stuttgart gegründet. Der Gründer war ein Dr. Wunderlich, Haupttreuhänder der Heinkelwerke und Vorstandsmitglied einer Göppinger Firma. In Nordrhein-Westfalen gehören dem Vorstand des BdSt an: ein Staatssekretär a.D. als Vertreter der Vereinigung für Wertpapierbesitz, ein Hüttendirektor aus Oberhausen, ein Mitglied der Deutschen Kohlenbergbauleitung, ein Herr von der Gruppe Walzstahl, ein Verleger aus Düsseldorf, ein Generaldirektor der Kölner Colonia-Versicherung, ein Direktor der Rhein-Ruhr-Bank in Düsseldorf, Vertreter des Einzelhandels, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer u.a. Dem Gründungsvorstand des Hessischen BdSt gehört Prof. Dr. Morgen, Fraktionsführer der FDP im Wiesbadener Stadtparlament, an. Die "Frankfurter Rundschau" konnte am 3. November 1949 berichten, dass dem Stuttgarter Büro des Bundes bereits Schecks zwischen 500.-- und 1.000.-- DM von Großunternehmern zugegangen waren. Nach der "Welt am Sonntag" vom 11.12.1949 waren in Hamburg und Schleswig-Holstein schon tagelang vor der Gründung des Bundes Büros gemietet, Briefbogen gedruckt und Telefonanschlüsse gelegt.

Der Bund der Steuerzahler spricht mit vielen Stimmen, doch nicht immer im Gleichklang. Ein Redner in Franken konnte recht vertraute Töne anschlagen gegen die Kostspieligkeit Bonn's, gegen die zu hohe Zahl der Bundestagsabgeordneten und deren Zuwendungen und Diäten, gegen den aufgeblähten Beamtenapparat, für ein Volksbegehren auf Auflösung des jetzigen Bundestags. In Stade sprach am 8.5.50 ein Redner des BdSt gegen übereilte Liberalisierung, für einen kaufkräftigen Inlandsmarkt, gegen den holländischen Dumpingpreis von DM 4,20/kg für Butter, verbunden mit Lob der Bundesregierung und Tadel an den Parlamentariern, deren hohe Diäten auch hier nicht unbemängelt blieben. Und in einem Brief des BdSt an die Hohen Kommissare wurde im April ds. Jrs. deren Veto gegen die extrem anti-

soziale Kleine Steuerreform bedauert. Dort ist auch die Möglichkeit des Steuerstreiks erwähnt und so der Anschluss an das Jahr 1928 wieder gefunden. Trotz alledem haben nicht nur Dr. Adenauers "Rheinischer Merkur" (28.1.50), sondern auch Prof. Erhard die Gründung des Bundes der Steuerzahler als sehr nützlich begrüsst.

Demokratie ist Diskussion, Kritik, Kontrolle. Das Recht der freien Meinungsäusserung gestattet die Diskussion überall in der Öffentlichkeit, in der Presse, im Rundfunk. Der Bund der Steuerzahler beruft sich auf Vorbilder in anderen demokratischen Ländern. In diesen Ländern werden jedoch nicht, wie es in Deutschland zu sein pflegt, derartige Bünde zu verkappten oder offenen "Wirtschaftsparteien", in diesen Ländern (Schweden z.B.) beschwerten sich sogar oft Steuerzahler, dass sie in den öffentlich ausgelegten Steuerlisten mit einer zu geringen Steuerleistung eingetragen sind. Die Zusammensetzung des Personenkreises der Hintermänner des BdSt und sehr oft auch die Art seiner öffentlichen Beweisführung halben den Verdacht wach, dass es sich bei dieser Vereinigung doch wohl weniger um einen Verband zum Schutze des kleinen Steuerzahlers handelt, als um eine Institution, der es aus politischem Prinzip darauf ankommt, den parlamentarischen Einrichtungen am Zeuge zu flicken.

- + -
+ -

Schumacher stellt fest

Zu der verleumderischen Behauptung des kommunistischen VVN-Vorsitzenden in Kulmbach, Dr. Schumacher sei Mitglied der VVN, stellt der Vorsitzende der SPD fest, dass er niemals der VVN angehört habe und selbstverständlich nicht Mitglied dieser kommunistischen Tarnorganisation ist.

SPD-Glückwünsche zum Labor Day in USA. An das Jewish Labor Committee in New York hat der Vorsitzende der SPD folgendes Telegramm gesandt:
"Zum Labor Day am 4. September sendet dem Jewish Labor Committee Grösse brüderlicher Verbundenheit und treuer Kameradschaft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Die amerikanische Arbeiterbewegung steht heute in einer entscheidenden Position der Macht und Verantwortung, und wir europäischen Sozialdemokraten erkennen dankbar an, dass sie alle Anstrengungen macht, um durch eine klare und entschiedene Politik der Welt den Frieden und die Freiheit zu erhalten.

Es ist uns eine besondere Freude, dass wir am Ehrentag der amerikanischen Arbeiterbewegung auch dem verehrten Freund Abraham C a h a n unsere herzlichsten Glückwünsche zu seinem 90. Geburtstag senden dürfen. Bei dem Besuch der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Oktober 1947 in Amerika war die Begegnung mit Abraham Cahan und seinen Mitarbeitern im Jewish Daily Forward eine grosse Freude und Genugtuung für die deutschen Feinde der Diktatur. Möge Abraham Cahan noch lange Gelegenheit haben, sein grosses und edles Lebenswerk fortzusetzen.

Mit brüderlichen Grüssen an Abraham Cahan, das Jewish Labor Committee und alle freiheitlich denkenden und kämpfenden amerikanischen Arbeiter, Kurt Schumacher".

Verantwortlich: Peter Raunau